

MARTIN ZECHNER  
über den falschen Einsatz öffentlicher Mittel in der Steiermark



## Vom Leitprojekt zum Leidprojekt

Die steirische Landespolitik ist wieder um eine Facette reicher: Der Bürgermeister einer Provinzgemeinde löst den Gemeinderat selbst auf und geht in den offenen Konflikt mit der Landesregierung. Damit trifft er einen wunden Punkt der steirischen Förder(un)kultur: den Umgang mit sogenannten regionalen Leitprojekten. Immer wieder entwickeln regionale Verantwortliche Projekte, deren betriebswirtschaftlicher Erfolg von Beginn an zu hinterfragen ist. Leider stellt sich bereits oftmals nach kurzer Zeit heraus, dass nur durch die Hilfe der öffentlichen Hand ein Überleben derartiger Projekte möglich wird.

Die Landespolitik hat sich in diesem Bereich in den letzten Jahren zwei tödlichen Reflexen ausgeliefert: Sie hat das

„Die Landespolitik hat in den letzten Jahren das Neinsagen verlernt und auf jedes Regelwerk für sogenannte Leitprojekte verzichtet.“

Neinsagen verlernt und auf jedes förderpolitische Regelwerk für derartige Projekte verzichtet. Die Thermenprojekte in Fohnsdorf, Köflach, das Vivarium in Mariahof oder auch das Europeum Mariazell sind die aktuellen Beispiele für den Systemfehler, der anschließend durch den Steuerzahler wieder behoben werden soll. Natürlich muss in der Entwicklung eines Wirtschafts- und Tourismusstandortes besonders auf die Bedürfnisse von Bezirken und Regionen eingegangen werden. Das wird aber nur funktionieren, wenn bei der Konzeption und der Prüfung derartiger Vorhaben

eine Abgleichung des Projektes mit der regionalpolitischen Strategie vorgenommen wird und gleichzeitig eine tief gehende Prüfung der Förderungsfähigkeit stattfindet.

Im derzeitigen System erfolgt die Förderung in der Regel meist über Bedarfszuweisungen, welche von den jeweiligen Gemeindereferenten aufgrund der politischen Farbenlehre nahezu ohne vertiefende Prüfung vergeben werden können. So entstehen wechselseitige Abhängigkeiten, in welchen oftmals lediglich parteipolitische Kriterien und nur selten sachlogische Fragen beurteilt werden. Würden Unternehmer derartig strategielos agieren, hätten wir vermutlich eine riesige Welle von Insolvenzen.

Der Politik tut jedoch eine Rückbesinnung auf Teile des Shareholder-Value-Denkens der Neunzigerjahre gut. Das Bewusstsein muss wieder stärker auf eine Vermehrung des öffentlichen Vermögens und nicht auf die teilweise grob fahrlässige Vernichtung von Steuergeldern ausgerichtet werden. Das wird aber nur mit einem radikalen Umdenken möglich sein: Was keine Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg hat, darf nicht gefördert und damit durch die öffentliche Hand (mit-)finanziert werden. Dazu ist aber die Konzentration auf drei der Politik in weiten Bereichen abhandlungskompatible Verhaltensweisen erforderlich: realistische Beurteilungsfähigkeit, verantwortungsvolles Handeln und das Einhalten eines für alle verbindlichen Regelwerks.

Martin Zechner ist geschäftsführender Gesellschafter der Martin Zechner & Partner Strategieberatungsgesellschaft in Graz